

IHKs planen Zukunft für mehr als 3,2 Millionen Menschen

REGIONALPLAN Industrie- und Handelskammern im Regierungsbezirk Düsseldorf erarbeiten Leitlinien für die regionale Entwicklung bis zum Jahr 2030.

Von Horst Kuhnes

Düsseldorf. Es geht um nichts weniger als die Zukunft der rund 3,2 Millionen Menschen in unserer Region bis zum Jahr 2030: Vom bergischen Raum mit **Wuppertal, Remscheid und Solingen** über den Kreis **Mettmann, Düsseldorf, den Rhein-Kreis Neuss, Mönchengladbach, Krefeld** und den Kreis **Viersen** bis zum Kreis **Kleve** erstreckt sich das Gebiet des Regionalplans, der derzeit von der Bezirksregierung Düsseldorf erarbeitet wird.

Miteinander von Industrie, Gewerbe und Menschen

Es geht um die Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen, um Verkehrswege, Standorte für die Energieversorgung, Gewinnung von Rohstoffen wie Braunkohle, Sand, Kies und Kalkstein. Kurz: Es geht um das derzeitige und künftige Miteinander von Industrie, Gewerbe und Menschen – und die wirtschaftliche Entwicklung.

Die vier Industrie- und Handelskammern dieser Region sowie die Handwerkskammer Düsseldorf haben jetzt zum Regionalplan Position bezogen mit einem Fachbeitrag, den Udo Siepmann, Hauptgeschäftsführer der IHK Düsseldorf und Josef Zipfel, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Düsseldorf, gestern präsentierten.

Gewerbe- und Industrieflächen

Vom neuen Regionalplan erhoffen sich die Kammern ein erweitertes Gewerbe- und Industrieflächen-Angebot, das „konfliktfreie Nachbarschaft“ zur Wohnbebauung ermöglicht. So sollen insbesondere autobahnahe Flächen für neue Gewerbe- und Indus-

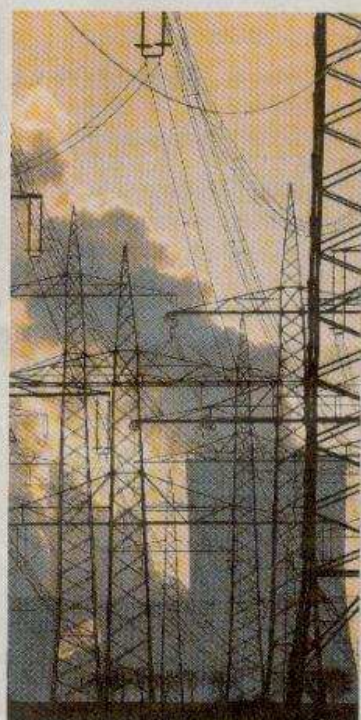


Verkehrswege, Einzelhandelszentren und Fußgängerzonen sowie Energieerzeugung und -transport sind wichtige Bestandteile des Regionalplanes.

triesiedlungen ausgewiesen werden. Zudem sollen mögliche „Standortsynergien“ gesucht werden, wie es sie beispielsweise bereits am Kraftwerk **Grevenbroich-Neurath** gibt: Dort wird die Kraftwerk-Abwärme für den Gewächshauspark genutzt, um dort bis zu drei Ernten pro Jahr einfahren zu können.

Verkehr und Logistik

Die Planungsregion ist gekennzeichnet von starkem Transitverkehr. Bis zum Jahr 2025 wird sich die Transportleistung auf den Straßen um 129 Prozent mehr als verdoppeln. Auch für die Verkehrsträger Schiene, Wasser und Luft sind Steigerungen von etwa 70 Prozent zu erwarten. Die angelieferten Güter sollen nach Vorstellung der Kammern möglichst in der Region gehalten werden, um dann daraus Wertschöpfung zu betreiben und somit Arbeitsplätze zu schaffen. An den Häfen von **Düsseldorf, Neuss** und insbesondere **Krefeld** sollen Industrieansiedlungsbereiche geschaffen werden für „logistische, distributive oder verarbeitende Funktionen“ wie etwa Textilveredelung oder Montagearbeiten.



Fotos: Andreas Bischof, Stefan Fries, dpa

Energieversorgung

Neben dem Klimaschutz müssen nach Vorstellung der Kammern auch eine günstige Energieversorgung und die Versorgungssicherheit gewährleistet sein. Wichtigste Forderung: Die vier Großkraftwerkstandorte **Düsseldorf-Flingern, Düsseldorf-Hafen, Grevenbroich-Frimmersdorf** und **Grevenbroich-Neurath** müssten gesichert bleiben. Darüber hinaus sollen lokale Blockheizkraftwerke auch in Siedlungsbereichen zulässig sein.

Einzelhandelssteuerung

Die Kammern bejahen eine grundsätzliche Notwendigkeit zur Steuerung von Einzelhandels-großprojekten durch den Regionalplan. Darunter fielen dann auch Projekte wie das in **Remscheid** geplante Outletcenter.

Rohstoffe

Bei Sand und Kies wollen die Kammern „Projekte mit ökologisch sinnvoller Nachfolgenutzung“ zumindest als Option offen halten. Für den Kalkstein-Abbau etwa in **Wülfrath** streben die Kammern eine Nutzung für die nächsten 50 Jahre an.

KOMMENTAR

Von Horst Kuhnes



Interessenlagen

Früher war es der Gebietsentwicklungsplan, heute ist es der Regionalplan. Doch dahinter steht der Gestaltungswille der Politik. Im Regionalrat, der parlamentarischen Vertretung der Städte und Kreise, wird für den Regionalplan im Kleinen erarbeitet, was der Landesentwicklungsplan im Großen vorgibt. Und dabei gibt es durchaus widerstrebende Interessenlagen, auch in der Energiefrage. Die IHKs und die Handwerkskammer sind als „Träger öffentlicher Belange“ von Rechts wegen in die Regionalplanung einbezogen. Dort vertreten sie, wie vom Gesetz vorgeschrieben, die gewerblichen Interessen. Ihr jetzt vorgelegter Fachbeitrag ist somit Lobby-Arbeit. Aber es ist eine Arbeit, die ernst genommen werden sollte. Denn nur eine funktionierende Wirtschaft sichert unser aller Wohlergehen.

horst.kuhnes@wz-plus.de